

Ein Raum der Unsicherheit

Zum Terrorismus als Kampfmethode

Von Kai Köhler

Will man Terrorismus verstehen, muss man zunächst eine Reihe von Klärungen vornehmen. Die erste betrifft das Problem der Wertung. Die Bezeichnung gilt als negativ, und oft wurde bemerkt, dass dieselben Leute von der einen Seite als Terroristen diffamiert und von der anderen als Freiheitskämpfer gefeiert werden. Fraglos trifft diese Beobachtung zu. Dennoch lässt sich auf der Ebene der Analyse feststellen, dass es ein spezifisches Arsenal terroristischer Mittel gibt. Um dieses Arsenal soll es hier in der Hauptsache gehen: In welchen Situationen wird welches Mittel eingesetzt? Welche taktischen und strategischen Vorteile verschaffen diese Mittel? Unter welchen Umständen führen sie zum Erfolg – und was gilt als »Erfolg«? Welche Nachteile hat der Terrorismus für die Akteure, und unter welchen Umständen entfalten diese Nachteile ihre Wirkung?

Abgesehen wird hier von der Frage nach der moralischen Legitimation. Sie ist keineswegs unwichtig – schließlich liegen nach einem durch terroristische Mittel gekennzeichneten Konflikt im Normalfall ein paar Leichen am Wegesrand. Aber die vorzeitige Vermischung moralischer und strategischer Überlegungen führt zu einem gedanklichen Brei, aus dem auch die beste Verdauung keinen Nährstoff gewinnen kann.

Immerhin seien für die Empörten unterschiedlicher Fraktionen zwei Beispiele angeführt. Der African National Congress (ANC), mit dem späteren Friedensnobelpreisträger Nelson Mandela, hat sich in seinem Kampf gegen das südafrikanische Apartheidsregime auch terroristischer Mittel bedient. Die Irgun, mit dem späteren Friedensnobelpreisträger Menachem Begin, hat in Palästina britische Besatzungstruppen terroristisch angegriffen. Ziel war die Gründung Israels, das mittlerweile in der Westbank ein Apartheidsregime durchsetzt und dessen Unterstützung der herrschenden deutschen Politik als »Staatsräson« gilt. Wenn erst die Sache zu einem Erfolg wird, gilt also die terroristische Methode als legitim oder schlimmstenfalls als etwas peinliches Beiwerk. Die Frage nach dem Terrorismus ist also nicht per se eine nach gut oder böse. Für einen moralisch diskriminierungsfreien Begriff des Terrorismus spricht zudem, dass terroristische Anschläge nicht zwangsläufig mehr Schaden anrichten und Opfer fordern als andere, im Gegensatz zu ihnen für legitim angesehene Akte der Gewalt wie etwa die Kriegführung.

Definition

Geklärt werden muss nun zweitens, was überhaupt unter Terrorismus zu verstehen ist. Dafür gibt es verschiedene sinnvolle Definitionen, die ihre Vor- und Nachteile haben. Politische Definitionen sind selten abschließend. Vielmehr ist die Diskussion der Grenzen, die sie ziehen, gerade das Mittel, die

Besonderheit einer Sache in ihrem Verhältnis zu benachbarten Erscheinungen zu klären. Hier soll vorläufig gelten: Terrorismus ist eine punktuelle Gewaltanwendung zu politischen Zwecken durch Individuen oder staatliche oder nichtstaatliche Gruppen. Dabei zielt die Gewaltanwendung nicht oder höchstens in zweiter Linie auf den unmittelbar angerichteten Schaden, sondern auf ein Signal.

Bestimmend ist vor allem das letzte Merkmal. Es lässt sich in zweierlei Hinsicht veranschaulichen. Die eine betrifft Anschläge auf Personen. Das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 war Bestandteil eines Plans, die Naziführung zu stürzen. In diesem Zusammenhang erwies es sich als notwendig, deren wichtigsten Repräsentanten herauszunehmen. Das Ziel des Attentats war also das Ziel selbst, und deshalb handelt es sich nicht um Terrorismus. Anders liegt der Fall, wenn ein besonders brutaler Polizist, der als Handlanger einer Besatzungsmacht auftritt, erschossen wird. Rache kann hier zwar ein Motiv der Zielauswahl sein. Doch wichtiger ist die Warnung an seine Kollegen: Wer sich so verhält wie er, wird genau so enden.

Die meisten Anschläge auf Personen dürften, so wie dieses Beispiel, als terroristisch einzuordnen sein. Das gilt auch, weil sogar im Sinne ihrer Planer erfolgreiche Attentate auf gegnerische Führungsgruppen zu keinem politischen Bruch geführt haben. Ein Nordkorea zugeschriebener Anschlag führte 1983 in Yangon (Myanmar) zum Tod von immerhin vier südkoreanischen Ministern und einer ganzen Reihe anderer hochrangiger Akteure. Dies hatte aber ebenso wenig einen politischen Umbruch zur Folge wie die möglicherweise von Volksmudschaheddin 1981 in Teheran herbeigeführte Bombenexplosion, bei der 74 teils hochrangige Mitglieder der damals regierungstragenden Islamisch-Republikanischen Partei getötet wurden, den Parteichef inbegriffen. Hier wie dort zeigte sich, wie einfach Personen meist zu ersetzen sind.

Dass bei terroristischen Anschlägen das unmittelbare Angriffsziel nicht das eigentlich politische Ziel ist, erweist sich auch in der zweiten Hinsicht, wenn es um Angriffe auf Institutionen oder symbolische Orte geht. Die Anschläge vom 11. September 2001 sind hier beispielhaft. Zwar war der angerichtete materielle Schaden um ein Vielfaches größer als die in die Anschlagsplanung und -durchführung investierte Summe. Doch fiel er immer noch deutlich zu gering aus, um das ökonomische Kräfteverhältnis zwischen den USA und islamistischen Gruppen merklich zu verschieben. Offenkundig hatten die Anschläge ein politisches Ziel: den Gegner zu Reaktionen zu veranlassen, die wiederum Ansatzpunkte bieten, die eigene Position zu stärken. Ein Vierteljahrhundert eines vorgeblichen War on Terror zeigt, dass diese Rechnung von Al-Qaida aufging.

Der andere Aspekt ist einer der Kommunikation: Wir sind da, ihr müsst mit uns rechnen, denn wir können euch wehtun. Auch dies hat gewirkt. Allerdings ist dieser Aspekt später aufzugreifen, denn zumeist ist die Kommunikation vieldeutig, und nicht immer ist der Urheber klar; zu den Anschlägen von Yangon und Teheran hat sich niemals jemand bekannt. Es schlägt die Stunde der »Verschwörungstheoretiker« – dieses oder jenes Attentat sei eine False-flag-Aktion der Geheimdienste gewesen. Begünstigt werden diese Versionen dadurch, dass auch die offiziell vertretenen Schuldzuweisungen im Wortsinne Verschwörungstheorien sind: Eine kleine Gruppe heckt im Geheimen eine

widergesetzliche Aktion aus und führt sie durch. Zudem gab es tatsächlich bereits staatlicherseits vorgetäuschte Anschläge. Darum ist es keineswegs unvernünftig zu fragen, weshalb islamistische Attentäter in Europa immer wieder so zuvorkommend sind, ihre Pässe in Fluchtautos zurückzulassen und so den Ermittlungsbehörden lästige Arbeit zu ersparen.

Entfaltung der Definition

Das Problem der vieldeutigen Kommunikation zurückgestellt, soll es nun darum gehen, welche Abgrenzungen die anderen Bestandteile der Definition leisten. Das Punktuelle unterscheidet den Terroranschlag vom Krieg, der durch ein Gewaltkontinuum gekennzeichnet ist. Berührungspunkte bestehen allerdings zum Guerillakrieg. Besonders in einem frühen Stadium – solange die Partisanen noch schwach sind – zeichnet sich die Guerilla durch einzelne Angriffe aus. Diese können vor allem militärischen Zwecken dienen (zum Beispiel beim Überfall auf eine Polizeistation Waffen zu erbeuten) oder politisch-symbolisch sein (zu zeigen: Es gibt Widerstand, das Regime ist verwundbar). Eine Partisanenbewegung zielt aber stets darauf, eine räumliche Basis zu etablieren und von dort aus die Offensivmöglichkeiten zu erweitern. Terroristen hingegen zielen nicht auf militärische, sondern auf symbolische Erfolge.

Allerdings findet man leicht Organisationen, die sich beider Methoden bedienen. Die paramilitärische Organisation Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) führte im tamilisch dominierten Norden von Sri Lanka einen Guerillakrieg und kontrollierte zeitweise manche Regionen; im singhalesischen Süden (und punktuell in Indien) beschränkte sie sich auf einzelne Anschläge. Solche verschiedenen Vorgehensweisen dürften insofern eine Einheit bilden, als sie zumeist aufeinander abgestimmt sind. Das ändert indessen nichts daran, dass sie räumlich oder taktisch differenziert eingesetzt werden.

Daraus ergibt sich auch, dass Terrorismus eine Kampfmethodik ist, nicht aber ein bestimmendes Gruppenmerkmal sein muss. Zwar gibt es Gruppen, die sich überwiegend oder sogar ausschließlich terroristischer Mittel bedienen. Öfter aber führt die Bezeichnung »Terrororganisation« in die Irre – nicht nur, weil sie propagandistisch zwecks Abwertung gebraucht wird, sondern mehr noch, weil sie den Blick auf das Miteinander verschiedener Kampfmethoden verstellt (oder auf das Gegeneinander, wenn politischer und militärischer Arm einer Organisation in einen Gegensatz geraten).

Dass es sich bei Terrorismus um Gewalt handelt, entspricht dem Alltagsverständnis. Allerdings kann das Kriterium in Frage gestellt werden. Ein Grenzfall: Auf die Sanktionierung des Publizisten Jacques Baud durch die EU angesprochen, erklärte Martin Giese, Sprecher des Auswärtigen Amtes: »Das ist an diesem Montag geschehen, das wird auch weiterhin geschehen, das ist in der Vergangenheit geschehen, und alle, die auf diesem Feld unterwegs sind, müssen damit rechnen, dass es auch ihnen passieren kann.«

Diese Äußerung entspricht genau einer Logik, wie sie für terroristische Anschläge typisch ist: Eine Person oder eine verhältnismäßig kleine Gruppe wird getroffen, um eine weitaus größere Anzahl an Menschen in Angst zu versetzen. Auch trifft der Einwand nicht, bei der Sanktionierung Bauds und anderer handele es sich um ein Ergebnis rechtsstaatlicher Verfahren – die EU

bewegt sich hinsichtlich der Bestimmung und Bekämpfung von Feinden zweifellos nicht mehr auf rechtsstaatlichem Boden. Allein aus pragmatischem Grund sollte man hier nicht von Terrorismus sprechen. Die Zahl politisch terroristischer Handlungen würde ins Uferlose wachsen, der Begriff verlöre an Trennschärfe und damit seine Anwendbarkeit.

Politische Zwecke in die Definition aufzunehmen schließt kriminelle Organisationen aus, von denen einige, um Gegner in Schrecken zu versetzen, Gewaltformen nutzen, die den terroristischen entsprechen.

Die Akteure

Zum verbliebenen Element der Definition: Akteure terroristischen Vorgehens sind, wie geschrieben, Individuen oder staatliche oder nichtstaatliche Gruppen. Da hört man schon den spöttischen Zwischenruf, dass damit ja überhaupt schon alle denkbaren Akteure aufgezählt seien, es sich deshalb nicht um eine nähere Bestimmung des Terrorismus handle und die Passage gestrichen werden könne. Rein formal stimmt das auch. Dennoch lenkt diese Auflistung den Blick auf das Spektrum möglicher Träger von Terrorismus und damit auch schon auf Unterschiede zwischen ihren Mitteln.

Zunächst gibt es die Einzeltäter: Personen wie Anders Breivik, der 2011 ein sozialdemokratisches Jugendcamp auf der norwegischen Insel Utoya überfiel, oder Abdul B., der jüngst Besucher des CSD in Berlin attackierte. Einzeltäter sind sie allerdings nur, insofern sie ihre Angriffsziele allein auswählen und die Aktionen allein vorbereiten und ausführen. Sie handeln durchaus im Bewusstsein, Teil einer rechtsradikalen bzw. islamistischen Bewegung zu sein.

Nichtstaatliche Organisationen stehen im allgemeinen Bewusstsein am ehesten für Terrorismus. Sie sind aus sozialen, nationalen oder religiösen Gründen gegen einen bestehenden Staat gerichtet. Zumeist wollen sie ihn grundlegend umstürzen oder auf einem Teil seines Bodens einen neuen Staat errichten. Die Gründe können sich überschneiden: Die IRA in Nordirland kämpfte für die Katholiken, die dort zugleich eine sozial diskriminierte Gruppe waren. Das Ziel lag in einer nationalen Befreiung, die in diesem Fall den Anschluss der britischen Provinz an den irischen Staat bedeutet hätte.

Staaten bedienen sich nur ausnahmsweise selbst terroristischer Mittel. Der »terreur« der französischen Revolutionäre 1793/94, von dem sich die Bezeichnung herleitet, zielte auf die möglichst vollständige Ausschaltung innerer Gegner, ist also vom späteren Terrorismus als Kommunikationsstrategie zu unterscheiden. Im wesentlichen lassen sich drei Ausnahmefälle anführen, die alle mit Kriegen zu tun haben. Am wichtigsten ist die Bekämpfung einer Guerilla. Hier gerät fast stets die Bevölkerung in den Blick, auf deren Unterstützung die Partisanen angewiesen sind. Terror gegen wirkliche oder auch nur mögliche Kollaborateure soll den weitaus zahlreicheren Adressaten zeigen, dass jede Zusammenarbeit mit den Aufständischen tödlich enden kann.

Der zweite Fall sind Bombardierungen aus der Luft. Beim »Moral Bombing« geht es weniger um die Zahl der Getöteten, so hoch die auch sein mag, als um den Versuch, die Zielgruppe zu einer Wendung gegen die eigene Regierung zu

bewegen. Geklappt hat das noch nie – teils, weil die Opfer mit dem eigenen Überleben genug beschäftigt sind, und teils, weil der Hass sich gegen die Täter richtet.

Drittens greifen Regierungen in zerfallenden oder in noch niemals stabilisierten Gebieten zu Terror. Hier sind wir aber bereits bei einem der Bereiche, die zwischen staatlichem und nichtstaatlichem Terror liegen. Die Hamas, die auch terroristische Mittel anwendet, regierte unzweifelhaft Gaza – doch war Gaza stets ein von militärischer Gewalt bedrohtes Gebilde und dem Zugriff durch israelische Vernichtung ausgesetzt.

Im Graubereich zwischen Staatlichem und Nichtstaatlichem bewegen sich auch Gruppen, die Terror einsetzen, um eine bestehende Ordnung zu erhalten. Sie können dabei mit staatlicher Rückendeckung operieren, wie etwa die Todesschwadronen in Kolumbien, die Terror gegen wirkliche oder angebliche Unterstützer der Guerillaorganisation FARC ausübten. Gleiches gilt für vigilante Gruppen wie den Ku-Klux-Klan, der in den USA die schwarze Bürgerrechtsbewegung zu zerstören versuchte und dabei oft mit Rückendeckung lokaler Behörden agierte. Man findet in solchen Gruppen Polizisten, die tagsüber das Gesetz zu vertreten vorgeben und nachts mit ungesetzlichen Mitteln jene Ordnung zu retten versuchen, die sie für naturgegeben halten.

Wie schwierig die Ebenen auseinanderzuhalten sind, zeigt der Anschlag auf den Hauptbahnhof von Bologna 1980, bei dem 85 Menschen starben. Ausgeführt von italienischen Neonazis, steht er im Zusammenhang mit einer »Strategie der Spannung«: Das Chaos soll so weit gesteigert werden, dass der Staat die Legitimation erhält, autoritär durchzugreifen und die Linke zu vernichten. Ernst zu nehmende Spuren führen zu der NATO-Organisation »Gladio«. In diesem Zusammenhang ist weniger wichtig, wer die Entscheidung für die Aktion getroffen hat, sondern dass ihr Ergebnis ein Zustand der Unsicherheit war. Auf diese Besonderheit des Terrorismus wird zurückzukommen sein.

Das Beispiel zeigt jedenfalls einen Unterschied zwischen rechtem und linkem Terrorismus. Linke Akteure – wie auch solche nationaler Befreiungsbewegungen – wählen ihre Opfer überwiegend nach politischen Gesichtspunkten aus. Gefährdet sind die Gegner: Die Eigenen – sofern es sich nicht um tatsächliche oder vermutete Verräter handelt – geraten nicht ins Visier. Falls doch einmal Unbeteiligte getroffen werden, kommunizieren die Täter ihr Bedauern. Terror soll der politischen Bewusstseinsbildung dienen.

Rechter Terror ist weniger differenziert. Breivik attackierte zwar ein Camp des politischen Feindes, um möglichst viel Schrecken zu verbreiten, er nahm allerdings in Kauf, junge Menschen zu ermorden und so Sympathien einzubüßen. Ähnlich wie beim Anschlag von Bologna starben durch die Bomben auf dem Münchner Oktoberfest 1980 (13 Tote) und dem Federal Building in Oklahoma City 1995 (168 Tote) Menschen, die zufällig vor Ort waren.

Islamistischer Terror nimmt eine Zwischenposition ein. Die Anschläge vom 11. September trafen auch Muslime, und sie waren nicht darauf gerichtet, in den USA bei irgendeiner Gruppe Unterstützung hervorzurufen. Doch waren die Angriffsziele mit dem World Trade Center als Symbol ökonomischer Herrschaft und dem Pentagon als militärischem Zentrum von hohem propagandistischen

Wert, im Gegensatz zum Bahnhof von Bologna oder dem Oktoberfest. Die terroristische Nachricht war an den dafür empfänglichen Teil des heimischen Publikums gerichtet: Das Imperium ist verletzbar! Und sie sollte das Imperium zu einer Reaktion bewegen, die wiederum politisch nutzbar war.

Vor- und Nachteile

Der Hauptvorteil terroristischer Aktionen ist offensichtlich: Man kann auf diese Weise mit relativ geringen Mitteln große Wirkung erzielen. Terrorismus ist damit eine Waffe der Schwachen (was ihn – um Missverständnisse zu vermeiden – nicht legitimiert). Das Mittel wird von Kräften gewählt, die auf anderen Wegen ihre Ziele nicht erreichen konnten, denen vielleicht sogar wegen staatlicher Repressionen oder wegen anderer Gewaltakteure der legale Weg versperrt ist. Terrorismus kann auch ein Mittel organisatorischer Newcomer sein. Durch signalhafte Aktionen markieren sie ihre Bedeutung und gewinnen im »Erfolgsfall« Anhänger.

Im Rahmen des Machbaren bestimmen Terroristen Ort und Zeit der Konfrontation. Ihr Anschlag ist punktuell, die Vorsorge dagegen müsste umfassend sein und scheitert unweigerlich. Dass nach dem Lkw-Attentat auf den Weihnachtsmarkt auf dem Berliner Breitscheidplatz 2016 dort Poller aufgestellt wurden, wirkt naiv: Es gibt genügend andere Gelegenheiten, mit Autos in Menschenmengen zu fahren, wie es beim Berliner CSD 2026 denn auch tatsächlich geschah. Politisch erklärbar sind die Poller nur als Tätigkeitsnachweis sonst hilfloser Behörden: Wenn wir schon nichts gelernt haben, so tun wir doch wenigstens etwas!

Hauptnachteil ist, dass die Wirkung hinsichtlich ihrer politischen Konsequenzen kaum kalkuliert werden kann. Terrorismus führt zu einer Lage der Unsicherheit, dazu abschließend. Vorher soll es um weitere Nachteile gehen und um die Frage, was eigentlich als Erfolg anzusehen ist.

Terrorismus zwingt die Akteure in die Illegalität. Das hat politische und organisatorische Folgen. Der Austausch mit einem Umfeld (den »Sympathisanten«) wird erschwert. Daraus ergibt sich die Gefahr, dass die Akteure nicht mehr mitbekommen, welche gesellschaftlichen Auswirkungen ihre Handlungen haben. Die Aktionen der Gruppe gewinnen eine Eigendynamik, ihre Mitglieder bestärken sich auf dem einmal gewählten Weg, schlimmstenfalls werden Einwände als Verrat gewertet und bestraft. Diese Gefahr ist relativ gering in Gesellschaften, in denen es eine Tradition gewaltsamen Widerstands gibt und wo die Akteure Rückhalt in ihrer Familie oder ihrem Dorf haben. Groß ist sie in modernen städtischen Gesellschaften, die atomisiert sind. Der Irrweg der RAF ist Beispiel für letzteres.

Jede Organisation verlangt einen gewissen Arbeitsaufwand für ihren Erhalt. In der Illegalität ist dieser Aufwand besonders groß. Der weitaus überwiegende Anteil der Kraft wird durchs bloße Überleben beansprucht. Aktionen dienen nicht mehr dem eigentlichen Kampf, sondern dem Freipressen verhafteter eigener Leute. Und, viel trivialer: Wo gibt es eine sichere Wohnung? Wem kann man vertrauen? Da hängt der Steckbrief, kann man auch nur zum Einkaufen gehen?

Und für all dies braucht man Geld. Manchmal zahlt ein interessierter ausländischer Staat, meistens gibt es eine Unterstützerszene. Organisationen, die Terrorismus und Guerillakrieg kombinieren, verfügen über ein Gebiet, das sie kontrollieren und in dem sie Steuern eintreiben können. Nationale Befreiungsbewegungen können sich manchmal auf eine Diaspora im Ausland stützen, die mehr oder minder freiwillig spendet.

Oft verwischt die Grenze zur unpolitischen Kriminalität. Banküberfälle kommen vor oder Entführungen, ohne dass die Opfer nach ideologischen Kriterien ausgewählt werden, schlimmstenfalls Drogenhandel. Dies erleichtert den Gegnern die Diffamierung des Terrorismus: So wurde die kolumbianische FARC beschuldigt, zu einem Drogenkartell verkommen zu sein. In unübersichtlichen Lagen und Regionen mit schwachem oder nicht vorhandenem Staat kann der Einsatz krimineller Mittel tatsächlich Elemente anziehen, denen es nicht um die politische Sache geht.

Manchmal aber hat der Einsatz terroristischer Mittel Erfolg. Was ist als Erfolg zu werten? Zunächst einmal, wenn das politische Ziel erreicht wurde. Dies ist vor allem nationalen Befreiungsbewegungen gelungen. Dafür gibt es zwei zentrale Gründe. Erstens können sich in diesem Fall terroristische Akteure in einem sympathisierenden Umfeld bewegen und erhalten deshalb stets Informationen, welche ihrer Handlungen Unterstützung mobilisieren und welche schädlich sind. Zweitens sind ihre Gegner fremde Mächte, die sich nach einem Kosten-Nutzen-Kalkül zurückziehen können, ohne die eigene Existenz aufzugeben. Innere Feinde kämpfen dagegen oft bis zum letzten, denn ihnen bleibt im Falle der Niederlage nicht der eigene Staat, sondern nur Exil oder gar Tod.

Unsicherheit

Erfolg kann es aber auch schon sein, den Gegner einzuschüchtern oder ihn zu ökonomisch aufwändigen Vorbeugemaßnahmen zu bewegen. Terrorismus kann Staaten zu Gegenmaßnahmen veranlassen, die dann belegen, dass diese Staaten so schlimm seien wie immer schon behauptet. Zugleich kann Terrorismus einen willkommenen Anlass bieten, das zu machen, was man ohnehin tun wollte, aber zuvor nicht geglaubt hatte, durchsetzen zu können. Der Angriff der USA auf den Irak 2003 und vermutlich der Gazakrieg Israels gehören hierhin.

Gilt das eine, gilt das andere? Hier sind wir bei der grundlegenden Unsicherheit, die der Terrorismus hervorruft. Dabei ist die Sache paradox. Terroristen wie auch ihre Gegner kämpfen nach einem klaren Freund-Feind-Schema. Indem aber beide notwendig verdeckt handeln und nur im Moment des Anschlags der Konflikt sichtbar wird, werden die Fronten unübersichtlich.

Manchmal bekennen sich mehrere Personen oder Gruppen zu einem Anschlag, manchmal niemand. Auch Bekenntnisse können gefälscht sein, und die Frage: Cui bono? (Wem nützt es?) führt oft zu mehreren überzeugenden Antworten. Das befördert »Verschwörungstheorien« – aber was heißt das schon, wenn jedes Attentat auch in der regierungsamtlichen Version im Wortsinn auf eine Verschwörung zurückgeht? Sind also die offiziellen Täter die wahren Täter? Oder haben zumindest staatliche Instanzen den Dingen ihren Lauf gelassen,

wofür es zum 11. September wie auch zum Hamas-Angriff auf Israel 2023 Indizien gibt?

Terroristen wollen, dass sich der Feind in seiner Brutalität entlarvt; der Feind hofft auf Vorwände für seine Brutalität, die ihm die Terroristen liefern. Dies ist die Eskalationsdynamik zumindest bei diesen zwei Beispielen. Die Mehrheit der Bevölkerung, die es doch zu mobilisieren gilt, ist dann damit beschäftigt, die Folgen auszuhalten.

Terrorismus ist nicht abzulehnen, weil er besonders brutal wäre. Der Wirtschaftsgenozid, den die USA gerade an Kuba verüben, dürfte schon bisher und allein durch die Auswirkungen auf den Medizinsektor zu mehr Toten geführt haben als die Anschläge vom 11. September. Das Problem am Terrorismus ist, dass er in vielen Fällen die Zurechenbarkeit von Handlungen verunklart. So führt er zu einer Situation umfassenden Verdachts und erschwert damit die politische Wertung.

→ Kai Köhler schrieb an dieser Stelle zuletzt am 11. August 2026 über eine Reise durch Belarus: [»Reise in ein bedrohtes Land«](#).

<https://www.jungewelt.de/artikel/529603.11-september-ein-raum-der-unsicherheit.html>